

# Tod auf Raten

Sehr geehrte Frau Kollegin,  
sehr geehrter Herr Kollege,

im GKV-Wettbewerbstärkungsgesetz sahen die Bundestagsabgeordneten das Heil des Gesundheitswesens. Der Gesundheitsfonds wird insbesondere für die sogenannten Geberländer gravierende Auswirkungen haben, darauf haben wir als KZV Bayerns als Erstes hingewiesen. 1,5 Milliarden Euro werden hier allein der Gesundheitsversorgung in Bayern entzogen. Nicht sofort, es wurde ja eine Prolongation der Auswirkungen ins Gesetz implementiert mit einer – jährlich kumulierenden – Höchstgrenze von 100 Millionen Euro. Aber das ist nichts anderes als der Tod auf Raten der bayerischen Arzt- und Zahnarztpraxen. In zehn Jahren wird sich der Geldabfluss bereits auf 1 Milliarde Euro summiert haben. Da scheiterte die Bayerische Staatsregierung einerseits kürzlich vor dem Bundesverfassungsgericht, als sie die Höhe des Länderfinanzausgleichs beklagte, andererseits stimmte sie mit dem Gesundheitsfonds einem weit schwerwiegenderem zusätzlichen Länderfinanzausgleich zu. Diesem Mittelabfluss haben alle CSU-Bundestagsabgeordneten zugestimmt und die bayerische CSU-Staatsregierung im Bundesrat ebenso. Der zusätzliche Mittelabfluss wird den Länderfinanzausgleich auf lange Sicht fast verdoppeln.

Es zeugt von gesetzgeberischer Unverantwortlichkeit, wenn der ärztlich/zahnärztliche Berufsstand mit immer neuen Auflagen belastet wird, die alle viel Geld kosten – de facto also eine Honorarabsenkung bedeuten – und zusätzlich zukünftig auch noch erhebliche Mittel in den Gesundheitsfonds abfließen müssen. Fortbildungsverpflichtung, Hygienerichtlinien, Qualitätsmanagement, gestiegene Energiepreise, Löhne, Gehälter, Mieten und seit Jahren unzulängliche Vergütungserhöhungen, die de facto Vergütungsabsenkungen sind, weil sie sich weit unter der Inflationsrate bewegen.

Ich stelle deshalb hier die Forderung auf, dass der Freistaat Bayern diesen neuen Mittelabfluss aus dem Staatshaushalt kompensieren soll – insbesondere, weil er diesem für Bayern schädlichen Gesundheitsfonds zugestimmt hat. Ich rufe hier alle



Dr. Janusz Rat  
Vorsitzender der KZVB

Beteiligten auf, sowohl die Krankenkassen als auch die bayerischen Politiker, den sozialen Frieden im Bereich der Gesundheitsberufe nicht aufs Spiel zu setzen.

Wir als KZV Bayerns haben unter anderem den Sicherstellungsauftrag. Ich sehe seine Zielsetzung in allererster Linie nunmehr darin, die Existenz der bayerischen Zahnärztinnen und Zahnärzte zu sichern, denn nur dann können wir auch in einem Flächenstaat eine flächendeckende Versorgung sicherstellen.

Die Erfahrung hat uns bereits gelehrt, dass der immer striktere staatliche Dirigismus nur ein Mehr an Bürokratie und ein Mehr an Kosten produziert. Legionen so genannter Experten wissen alles besser, nur die alltägliche Versorgungspraxis kennen sie eben nicht. Das kostet nicht nur Unsummen Geld, sondern auch Zeit. Beides fehlt uns bei der Versorgung unserer Patienten.

Eines hat die Gesundheitsreform mehr als deutlich gemacht: Unser fachliches Know-how ist in der Politik nötiger denn je. Die Bretter, die gebohrt werden müssen, werden immer dicker, aber unsere Bohrer auch.

Ihr Dr. Janusz Rat